

Fragen an SPÖ-Vorsitzende Dr.in Pamela Rendi-Wagner

Volkgruppen-Magazin NOVI GLAS,
Hrvatski akademski klub – HAK– Kroatischer akademischer Klub

1.) Die SPÖ hatte in ihrer Vergangenheit eine prägende Rolle für Volkgruppen und ihre Rechte, besonders in Kärnten, dem Burgenland und Wien. Gleichermäßen sind einige SPÖ- Politiker:innen und Mandatar:innen Volkgruppenangehörige.

Mit welchen Themen wollen Sie die SPÖ-Mitglieder mit Volkgruppen-Background auf Ihre Seite holen? Haben Sie eine Vision für die Rechte der Volkgruppen in Österreich?

Für die Sozialdemokratie ist die Vielfalt von Sprache, Religion und Kultur ein zentraler Bestandteil der österreichischen Identität und ein wertvolles Gut, das wir schützen und fördern wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Volkgruppen in Österreich eine Stimme haben und wir eine inklusive und pluralistische Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, gleichberechtigt und respektiert sind. Gleichzeitig müssen wir auch entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus vorgehen und dafür sorgen, dass sich alle Menschen in Österreich sicher fühlen können. Als SPÖ-Vorsitzende weiß ich, dass viele Zugehörige der Volkgruppen uns bei Wahlen das Vertrauen schenken. Ein Grund dafür ist die politische Arbeit der Sozialdemokratie, die sich auf alle Lebensbereiche richtet – nämlich die soziale Gerechtigkeit, die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und vor allem auch die Stärkung durch Förderung dort, wo sie notwendig ist.

2.) Das Kroatische Zentrum, *Hrvatski Centar*, führt in Wien einen zweisprachigen Kindergarten (kroatisch/burgenlandkroatisch und deutsch). Das ist eigentlich außerhalb des lauten Staatsvertrags autochthonen Siedlungsgebiets. Das burgenlandkroatische Leben in Wien gibt es seit Jahrzehnten und auch vom Bundeskanzleramt [beauftragte Studien](#) belegen die starke Migration von Volkgruppenangehörigen in urbane Zentren etwa in Kärnten/Koroška, wo ihre Rechte nur marginal gewahrt werden. Um Volkgruppensprachen zu erhalten, ist es wichtig, dass Kindern auch dort die Möglichkeit geboten wird, die Sprache zu erlernen und Sprachkenntnisse am Bildungsweg zu festigen.

Wie könnte Ihrer Meinung nach das zweisprachige Bildungsangebot in den Volkgruppensprachen im urbanen Raum, etwa des Burgenlandkroatischen in Wien, erweitert und unterstützt werden?

Das Bildungswesen für die Volkgruppen ist derzeit territorial auf jene Orte und Gemeinden verpflichtend, wo die Volkgruppen beheimatet sind. Diese Einschränkung, die zurück geht auf die Bestimmung der Territorialität zu Beginn des 19. Jahrhunderts, sollte an die heutige Situation angepasst werden. Eine Lösung dafür wäre die Erweiterung des Rechts auf zweisprachigen Unterricht über diese territoriale Begrenzung hinaus. Bei Vorliegen von genügend Schüler*innen sollte daher auch in Wien, bzw. im gesamten Bundesgebiet das Recht auf Bildung in der Volkgruppensprache normiert werden.

Wie stehen Sie zur Forderung des Kroatischen Zentrums, eine zweisprachige Volksschule in Wien zu errichten?

Diese Forderung ist unterstützenswert, darf aber nicht zur Kürzung von Mitteln in den ursprünglichen Zielgebieten führen.

3.) Der Europarat ermahnt Österreich in mehreren [seiner Berichte](#) zur Charta der Regional- und Minderheitensprachen, das Volksgruppengesetz zu novellieren. Immer wieder gibt es Kritik, etwa an der Intransparenz und teilweise politischer Besetzung der Volksgruppenbeiräte im Bundeskanzleramt.

Wie würden Sie die Vertretung der Volksgruppen neu aufstellen? Wie autonom könnte man dabei werden?

Aus meiner Sicht sollten die Grundzüge der derzeit geltenden Regelung beibehalten werden – allerdings mit einer stärkeren Ausstattung der Volksgruppenbeiräte in Bezug auf die Vertretung der Volksgruppe. Dazu kann eine Aufwertung der Beiratsvorsitzenden und ihrer Stellvertreter*innen durch die gesetzliche Verankerung von Mitwirkungs- und Anhörungsrechten, Informationspflichten der Verwaltung bei der Planung und Formulierung neuer Regelungen entscheidend beitragen. Dies sollte nicht nur für die Bundesebene, sondern auch für die Bundesländer gelten. Keinesfalls sollten „Reformen“ des Volksgruppenrechtes darin münden, dass neue, abgespaltene und separierte Gremien geschaffen werden. Die derzeitige Regelung sichert ab, dass auch die betroffenen Gemeinden im Volksgruppenbeirat vertreten sind, was eine gesamtheitliche gemeinsame Mitsprache sowohl der Gemeinschaften der Volksgruppe wie auch der kommunalpolitischen Ebene sicherstellt.

4.) Das Erlernen von Minderheitensprachen wird oft dadurch erschwert, dass Kinder und Jugendliche auf Ablehnung und sogar Hass stoßen, wenn sie weniger prestigeträchtige Sprachen in der Öffentlichkeit sprechen.

Wie schätzen Sie den Umgang Österreichs mit Sprachen ein? Sind wir ein mehrsprachiges Land? Wie könnte die SPÖ unter Ihnen das Erlernen von Volksgruppensprachen und anderer bislang wenig unterstützter Sprachen attraktiver machen?

Mehrsprachigkeit hat in Österreich und in der österreichischen Gesellschaft noch immer nicht den Stellenwert, der ihr zukommen sollte. Eine Ausbildung in mehreren Sprachen bereits in der Kindheit öffnet nicht nur den Horizont, sondern stärkt auch die Möglichkeiten und Chancen der Kinder im weiteren Bildungsweg und infolge im Berufsleben. Die österreichische Politik muss daher mehr unternehmen, um Doppel- und Mehrsprachigkeit, auch abseits der traditionellen Fächer, als Chance darzustellen.